

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

8.2.1890 (No. 38)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 8. Februar.

№ 38.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1890.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 5. d. M. gnädigt geruht, den Ministerialrath Heil bei dem Ministerium des Innern zum stellvertretenden ständigen Mitglied des Landesversicherungsamts zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 5. d. M. gnädigt geruht, den Rechnungsrath Heinrich Bihwanger bei der Revision des Verwaltungshofs zum Stützungsverwalter in Baden zu ernennen, den Kontrolleur Julius Carlein bei der früheren Generalwitwen- und Brandkasse als Revisor zum Verwaltungshof zu versetzen und den Revisor Martin Meyer bei der Generalbrandkasse zum Kassier bei genannter Stelle zu ernennen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 7. Februar.

Die Erlasse Seiner Majestät des Kaisers an den Reichskanzler und an die preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe geben so bedeutende Anregungen für die Lösung der Arbeiterfrage, daß sich nicht nur die gesammte deutsche, sondern auch die ausländische Presse angelegentlich mit ihnen beschäftigt. Ein Telegramm aus Wien meldet uns heute: Die meisten Blätter besprechen die Erlasse des Kaisers Wilhelm. Das „Fremdenblatt“ meint, die Geschichte der europäischen Wirtschaft und Sozialpolitik habe wenig Ereignisse von gleich vielversprechender Bedeutung zu verzeichnen. Die kaiserliche Kundgebung gehe weit über das Begehren des Reichstags hinaus und werde und könne nicht verfehlen, den tiefsten Eindruck auf die deutsche Arbeiterwelt zu machen. Der Kaiser habe einen unvergleichlichen Beweis seiner hochherzigen und wahrhaft volkstrendlichen Gesinnung gegeben. Dauerhafter als Erz werde die Erinnerung daran im Gefühl Aller und in der Geschichte fortleben. Die „Presse“ erklärt, indem der Kaiser einen internationalen Arbeiterschutz anstrebe, verbreite er den Gedanken des sozialen Friedens, der durch die internationale Behandlung auch zum internationalen Friedensgedanken sich erweiterte. „Wir stehen am Eingangsthore einer neueröffneten Zeit, stehen nicht mehr in den eng begrenzten Ideen von örtlicher und zeitlicher Geltung. Es ist die Idee eines gestifteten und veredelten Menschthums, welche uns in die Zukunft geleitet.“ Die „Deutsche Zeitung“ sagt: Die in den Erlässen niedergelegten Gedanken und Anregungen sind berufen, der sozialen Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus die Bahnen zu weisen; sie sind von so großem weltgeschichtlichen Inhalte, daß ihnen gegenüber die Frage nach dem Ausfalle der bevorstehenden Wahlen zu einer zwerghaften Kleinheit zusammenschrumpft. Das Wiener „Tagblatt“ führt aus, die kaiserlichen Erlasse kündigten eine neue Ordnung der Dinge an und es gereiche dem Deutschen Kaiser zum Ruhme, daß er mit seiner mächtigen Hand die Lösung der Arbeiterfrage durchzuführen wolle. Aus London wird uns gemeldet: Der „Daily Telegraph“ knüpft an den kaiserlichen Erlaß eine sehr sympathische Besprechung. Er weist freilich auch auf die Schwierigkeiten hin, welche sich aus den Tarifverhältnissen ergeben würden, falls England die Einladung der Konferenz annehme. Die konservative „St. James Gazette“ erkennt in den Vorschlägen des Deutschen Kaisers ein bedeutungsvolles Zeichen der Zeit. Obgleich Engländer kaum vorschnell der Intervention der Regierungen in Arbeiterfragen entgegenkommen würden, so sei es doch unlängbar, daß der Strom der Zeit sich in der vom Deutschen Kaiser angegebenen Richtung bewege. Die radikale „Ball Mall Gazette“ beurtheilt die beiden kaiserlichen Erlasse von ihrem politischen Standpunkte aus, jedoch im Ganzen zustimmend. Lord Salisbury werde die Einladung des Kaisers annehmen müssen, selbst wenn er sich geweigert hätte, an der in Aussicht genommenen Arbeitskonferenz in Bern im nächsten Mai theilzunehmen. Die Sache stehe jetzt ganz anders bei einer Einladung, welche die Unterschrift des Deutschen Kaisers trage. Die Erklärungen des Kaisers seien ganz vortrefflich. Im weiteren Verlaufe des Artikels bezeichnet die „Ball Mall Gazette“ die kaiserlichen Erlasse als eines der bedeutendsten Ereignisse in der modernen Geschichte Europas. Nach einer telegraphischen Meldung aus Petersburg sagt das „Journal de St. Petersbourg“ zu den Erlässen des Deutschen Kaisers: „Als die Schweiz die europäischen Mächte zur Berathung der Arbeiterfrage einlud, mußte es Männern von Ueberlegung scheinen, daß es der Schweiz an dem hierzu nöthigen Ansehen und Prestige fehle. Nur eine starke und ihrer Macht bewußte Regierung konnte

ein solches Werk versuchen, denn sie verfügt im Falle eines Mißerfolges über die nöthigen Mittel, um zu verhindern, daß der öffentliche Friede und die nationale Arbeit von denen gestört werden, welche ihre Absichten falsch verstanden haben oder zu entgegengesetzten Zwecken ausbeuten wollen. Man werde überall sympathisch dem vom Deutschen Kaiser angeregten Werke folgen.“

Ueber die Gründe für die Verhaftung des bulgarischen Majors Paniza macht heute die „Agence balcanique“ einige nähere, offenbar aus bulgarischen Regierungskreisen stammende Mittheilungen: Danach hätte Paniza durch beleidigende Äußerungen gegen den Prinzen Ferdinand und die bulgarische Regierung unter anderen Personen auch drei Subalternoffiziere verführt. In geheimen Versammlungen sei die Beseitigung des Prinzen und der gegenwärtigen Regierung diskutiert worden. Ueber diesen Punkt sei aber die Einigkeit der Verschworenen nicht hinausgegangen; bezüglich der Frage, wer den Prinzen von Koburg auf dem bulgarischen Thron ersetzen sollte, herrschte unter den Verschwörern Zwiespalt; Paniza hätte die Rückberufung des Fürsten Alexander gewünscht, Andere hätten eine Petition an den Czaren, der den künftigen Fürsten bezeichnen sollte, vorgeschlagen. Die letzte derartige Versammlung habe das Einschreiten der Behörde veranlaßt. — Dieser Darstellung des Komplotts fehlt die innere Wahrscheinlichkeit nicht; insbesondere entspricht die Behauptung, daß Paniza die Rückberufung des Fürsten Alexander gewünscht hätte, den früheren freundschaftlichen Beziehungen Weider zu einander und den politischen Ansichten, aus welchen Paniza niemals ein Hehl gemacht hat. Die Verschwörer haben aber offenbar gewichtige Faktoren außer Acht gelassen. Der jetzige Graf v. Hartman dürfte kaum geneigt sein, nach Sofia zurückzukehren, und was den Czaren betrifft, so würde ihm bei aller Abneigung seiner Regierung gegen die jetzige Ordnung der Dinge in Sofia der Gedanke widerstreben haben, sich mit Verschwörern einzulassen. Man gewinnt aus den Meldungen über das Komplott in Sofia den Eindruck, daß der ganze Plan der Verschwörer sehr unklar und verworren gewesen ist.

Deutschland.

* Berlin, 6. Febr. Heute Vormittag um 9 Uhr unternahm Seine Majestät der Kaiser eine Ausfahrt und einen längeren Spaziergang im Thiergarten. Nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser mit dem Geh. Rabinetsrath Dr. v. Lucanus und empfing um 11 Uhr den Kriegsminister v. Verdy du Vernois, sowie den Generalleutnant Goltz und den Generalmajor Jüng, um die beiden vom Grafen Schönborn überlassenen vor kurzem aufgefundenen Desfing'schen Fahnen vorzeigen zu lassen. Später arbeitete der Kaiser mit dem Generalleutnant v. Hahnle.

— Mit Genugthuung begrüßt die Presse aller Parteien die gestrigen Erlasse Seiner Majestät des Kaisers in Betreff der Fürsorge für die Industrie und die Arbeiter. Die „Nationalzeitung“ sagt: „Was den sachlichen Inhalt der beiden Erlasse betrifft, so wird die darin bekundete Absicht, auf die „Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter hinzuwirken“, überall auf ernste Genugthuung stoßen, wo man klar darüber ist, daß die möglichste Verbesserung des Looses der großen Menge dasjenige Problem der Zeit ist, welches jedes andere an Wichtigkeit überträgt.“ Hinsichtlich des Konferenzplanes bemerkt das Blatt: „Als einladende Staaten werden „zunächst“ Frankreich, England, Belgien und die Schweiz bezeichnet, dem Anschein nach, weil diese als auf dem Weltmarkt am meisten in Betracht kommende Konkurrenten Deutschlands betrachtet werden; möglicherweise ist der Umstand, daß Oesterreich-Ungarn und Italien nicht genannt werden, aber auch so zu erklären, daß mit diesen unseren Bundesgenossen schon vertrauliche Anknüpfungen stattgefunden haben.“

— Aus Brüssel wird hiesigen Zeitungen berichtet, daß der König der Belgier die größte Befriedigung über den deutschen Antrag betreffs einer internationalen Konferenz zur Besprechung der Arbeiterfrage geäußert hat. König Leopold hat stets das regste Interesse an den sozialpolitischen Bestrebungen Deutschlands genommen und den Werth dieser gesetzgeberischen Aktion für alle Industriestaaten lebhaft anerkannt.

— Der Reichskanzler Fürst Bismarck gab heute Nachmittag den Beamten des Handelsministeriums ein Diner, bei welchem er dem Unterstaatssekretär und den vortragenden Räten seinen Dank für ihre treue Unterstützung aussprach, die sie ihm während seiner zehnjährigen Leitung des Handelsministeriums geleistet hätten. Auch der neue Handelsminister Freiherr v. Berlepsch nahm an dem Essen Theil.

— Major Liebert, vom Großen Generalstabe, der am 8. Februar nach Sansibar reist, ist heute vom Kaiser zur Frühstückstafel geladen worden und wurde Nachmittag vom Fürsten Bismarck empfangen. Major Liebert, der in Berlin die Vertretung der deutsch-ostafrikanischen Schutztruppe geführt und in der letzten Reichstagsession die Nachtragsforderung für Ostafrika begründet hatte, geht bekanntlich nach Sansibar, um mit dem Reichskommissar Wismann über die weiteren Aufgaben der Schutztruppe zu verathen.)

— Der Bundesrath hielt heute Nachmittag eine Plenarsitzung ab. An neuen Vorlagen standen auf der Tagesordnung diejenigen über die Jahresmenge des zum niederen Verbrauchsabgabensatz herstellbaren Brauntweins und über die Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1889; ferner ein Antrag Württembergs, betreffend die Abänderung des Stats der Zollverwaltungs- u. Kosten für Württemberg, und ein Antrag betreffend die Besetzung erledigter Stellen bei den Disziplinarkammern, sodann eine längere Reihe mündlicher Ausschußberichte.

— Im Herrenhaus berichtete heute der Präsident, Herzog von Ratibor, daß er Seiner Majestät dem Kaiser das Beileid des hohen Hauses anlässlich des Hinscheidens der Kaiserin Augusta ausgesprochen habe, und übermittelte den königlichen Dank dafür und für die Glückwünsche des hohen Hauses anlässlich des Geburtstages des Kaisers. Das Haus nahm sämmtliche auf der Tagesordnung stehende Vorlagen an. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt. Auf der Tagesordnung steht die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse Schlesiens.

— Im Abgeordnetenhause wurde heute der Antrag Brömel erörtert, der eine Ermäßigung der Tarifsätze und Vereinfachung des Tarifsystems behufs erhöhter Nutzbarkeit der preussischen Staatsbahnen für die wirtschaftlichen Interessen des Landes verlangt. Der Antragsteller wies auf die große wirtschaftliche Bedeutung einer allgemeinen Tarifermäßigung hin und erwartete eine eingehende Erörterung der Angelegenheit durch eine besondere Kommission. Er betonte ferner die Entschlossenheit, mit welcher Ungarn den Zonen tarif eingeführt habe, obgleich dadurch die Tarife eine 40prozentige Ermäßigung erfahren. Abg. Schmieding sprach gegen den Antrag, besonders gegen eine allgemeine Tarifermäßigung für Massengüter. Abg. v. Liebmann erklärte sich gleichfalls gegen den Antrag, zumal da von den Staatsbahnen gegenüber den früheren Privatbahnen die Tarife viel gesunder ausgestaltet worden seien. Geheimrath Fleck führte aus, der Eisenminister habe im vorigen Jahre seinem Mißfallen über die Mannichfaltigkeit der Tarife der deutschen Eisenbahnen Ausdruck gegeben und wies auf die für die Tarifreform bestehende, alljährlich tagende Eisenbahnkommission hin, worin Preußen nach Anhörung des Landesbahnraths seine Stimme abgebe. Die Eisenbahnverwaltung erstrebe vor allem das wirtschaftliche Wohl des Landes, soweit es die finanzielle Grundlage der Verwaltung gestatte. Wenn nur zwei Wagenklassen eingeführt würden, müßte sich ein bedeutender Einnahmeausfall ergeben. Abg. Pleß erklärte sich für den Antrag Brömel. Abg. v. Wedell-Malchow warnte angesichts der bevorstehenden großen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung vor einer allgemeinen Herabsetzung der Tarife, zumal da eine spätere Erhöhung sehr schwierig sein würde. Der Antrag Brömel wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Der Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds von 1½ Millionen im Etat der Eisenbahnverwaltung für 1888/89 ward ohne Erörterung genehmigt.

— Von den nationalliberalen Abgeordneten v. Eynern und Olzem ist im Abgeordnetenhause der Antrag eingebracht worden, die Staatsregierung wolle die Uebernahme der aus dem Jahr 1807 herrührenden Kriegsschuld von Königsberg, sowie der übrigen aus dem französischen Kriege noch vorhandenen Kriegsschulden, namentlich diejenigen der Niederlausitz, Kurmark und Neumark aus Staatsfonds in Erwägung nehmen. Die Landtagsabgeordneten Lassen und Johannsen stellen den Antrag, die Schleswiger, welche für Dänemark optirten oder vor dem 11. Oktober 1878 aus dem preussischen Unterthanenverbande entlassen wurden, nunmehr bedingungslos als preussische Staatsangehörige aufzunehmen, wenn sie nach dem alten Heimathlande zurückkehrten oder zurückkehren wünschten und die Aufnahme in den Unterthanenverband beantragten, sowie die Wiederaufgenommenen hinsichtlich der Militärpflicht den Altersklassen gleichzustellen, denen sie angehören.

— Bekanntlich ist der Expedition des Dr. Wolf im Togogebiete ihr Führer entrisen worden; diese letztere hat aber rasch Ersatz erhalten. Der dem Dr. L. Wolf beigegebene (würtembergische) Premierlieutenant Kling, welcher sich als ein geschickter, energischer und fleißiger

Forscher erwiesen hat, ist zum Führer der Expedition und zum Chef der von Wolf gegründeten Station Bismarckburg im Adelilande ernannt worden. Ihm soll zunächst noch Premierlieutenant Herold vom westfälischen Fuß-Artillerieregiment Nr. 7 in Köln beigegeben werden. Auch besteht die Absicht, die Expedition dort, wie es diejenige in Batanga war, durch einige Naturforscher für die Flora und Fauna zu verstärken.

München, 6. Febr. Die vereinigten Ausschüsse der Kammer der Reichsräthe beschloffen einstimmig, bezüglich des Centrumsantrags „auszusprechen, das placetum regium erstrecke sich nicht auf die Glaubens- und Sittenlehre“ und sei als Formel unzulässig abzuweisen. Die Abstimmung über die rechtliche Stellung der Altkatholiken wurde vertagt. Der von Centrumsabgeordneten gestellte Antrag, die Regierung möge auf die Rückberufung der Redemptoristen im Bundesrathe hinwirken, wurde angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Febr. Am 26. Januar wurde der deutsch-jugoslawische Ausgleich von den böhmischen Parteien genehmigt, und schon am 3. Februar erließ der Justizminister Graf Schönborn zwei die Neugestaltung des böhmischen Gerichtswesens berührende Verordnungen, durch welche wesentliche Bestimmungen des Ausgleichs in Vollzug gesetzt werden. „Sobald die politischen Parteienoffen der Konferenzteilnehmer diese Vereinbarungen angenommen haben, sind dieselben für alle Theile und somit auch für die k. k. Regierung bindend“, hieß es im Protokoll der Ausgleichskonferenz. Graf Schönborn zog nun zuerst die Konsequenzen dieses Beschlusses. Ihm wurde die Ehre zu Theil, die neue Wendung der Dinge in Böhmen zu inauguiren. Darf doch übereinstimmenden und zuverlässigen Nachrichten zufolge dem Grafen Schönborn ein wesentliches Verdienst an dem Gelingen des schwierigen Werkes zugeschrieben werden. Er entdeckte die Pfade, welche durch das schwierige Terrain der Sprachenstreitigkeiten bei Gericht zu dem erwünschten Ziele geführt und beiden Parteien die Verständigung ermöglicht haben. Diese Meldungen werden in der Raschheit, mit welcher Graf Schönborn die in sein Ressort fallenden Ausgleichsbedingungen zu verwirklichen bemüht ist, jedenfalls ihre Bestätigung finden. Alle hiesigen Blätter begrüßen denn auch mit Befriedigung die beiden Justizgesetze für Böhmen. Die „N. Fr. Pr.“ erkennt an, daß die Erlasse nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Geist der Konferenzbeschlüsse entsprechen. Die „Presse“ erblickt in der raschen Initiative des Justizministers einen Beweis für den Eifer und das warme Interesse desselben für den Ausgleich. Das „Fremdenblatt“ sagt: „Diese Entschiedenheit und die so schnelle Inaugurierung administrativer Maßnahmen in der Justiz, welche wohl nicht ohne vorhergehende Studien, Erhebungen und Berichte aus dem Portefeuille des Ministers entspringen konnten, können auch als Anzeichen dafür gelten, daß, weinleich die Konferenz und der Ausgleich für alle Welt überraschend gekommen sind, die Ausgleichsideen selbst die Regierung schon lange beschäftigt haben mußten, und sie nicht ohne reifliche Vorbereitung und ohne vorher klare Umrisse des zu findenden Landesfriedens gewonnen zu haben, in die Verathung getreten ist. Sie war über das Maß ihrer Mitwirkung und über den Umfang der Neuordnung in Böhmen offenbar schon lange vor dem ersten Konferenzvorschlage zu einer abschließenden Ansicht gelangt, und die Uebertragung des Justizportefeuilles an den Grafen Schönborn wird Manchem nunmehr in einem anderen Lichte als die Zeit der Berufung desselben in das Cabinet erscheinen, da sie als eine weder erklärliche, noch scheinbar unerlässliche Mobilisation des Cabinets zum Theile Mißbilligung, zum Theile Erstaunen erwecken mußte.“ — Die Regierung ist auch in anderer Beziehung eifrig mit den durch die Ausgleichskonferenz hervorgerufenen Reformplänen beschäftigt. Wie die „Abendpost“ vernimmt, sind im Ministerium des Innern die Vorarbeiten zur Reform der böhmischen Landtagswahlordnung und zur Errichtung nationaler Kurien im böhmischen Landtage im Sinne der Ausgleichskonferenz bereits in vollem Zuge. Ein Gesetzentwurf betr. den Gebrauch der Landessprachen bei den autonomen Behörden Böhmens wurde bereits am 29. Januar behufs Vorlage an die Landesvertretung nach Prag gesandt. Auch der Unterrichtsminister erließ entsprechende Weisungen behufs Ausarbeitung von Gesetzentwürfen, welche erforderlich sind, um die Vereinbarungen betr. die Zusammenfassung und Einrichtung des Landeschulraths in Prag und der sog. Minoritätsschulen durchzuführen. — Die „Pol. Kor.“ tritt den Darstellungen einiger Blätter entgegen, wonach durch die beabsichtigte Einführung des rauchlosen Pulvers in der beendigten Ausrüstung der Infanterie mit dem achtmillimetrischen Repetirgewehr Veränderungen notwendig würden, welche neue finanzielle Belastung und Störungen bez. der Schlagfertigkeit der Armee befürchten ließen. Die „Pol. Kor.“ erklärt, bei der Konstruktion des Repetirgewehrs sei auf die Einführung des rauchlosen Pulvers bereits im vorherigen Rücksicht genommen worden. Die notwendig werdende Veränderung des Gewehrs beschränke sich ausschließlich auf eine Korrektur der Visirvorrichtung und wird weder die Schlagfertigkeit stören, noch eine namhafte finanzielle Belastung hervorrufen.

Italien.

Rom, 6. Febr. In der Deputirtenkammer wurden heute vom Unterrichtsminister die Interpellationen wegen der häufigen Unruhen an Universitäten, speziell in Neapel, beantwortet. Der Minister erklärte, daß das Vorgehen der akademischen Behörden, die nach Erschöpfung aller gültigen Mittel an die öffentliche Macht appellirten, vollkommen gerechtfertigt sei. Hoffentlich werde die

Universität Neapel bald wieder eröffnet werden können, ohne daß man eine Erneuerung der Unruhen zu befürchten habe. Andernfalls müßten Regierung und Parlament zu energischen Maßnahmen greifen. — Auf die Anfrage Zambiani's bezüglich des amtlichen Verbots, das gegen die Gedenkfeier der Römischen Republik von 1849 erlassen wurde, antwortete Crispi, die Regierung glaube, daß es sich hierbei nicht um die Feier der historischen Thatsache handle, sondern darum, Ereignisse in Erinnerung zu bringen, welche Frankreich unangenehm berühren könnten. Italien befände sich aber in ausgezeichneten Beziehungen zu Frankreich und wolle dieselben erhalten.

Frankreich.

Paris, 6. Febr. Die Kammer lehnte die Einsetzung großer, jährlich zu erneuernder parlamentarischer Kommissionen mit 285 gegen 203 Stimmen ab. — In der Budgetkommission sprachen die Minister Tirard und Rouvier über den Gesetzentwurf betreffend die Ergänzungskredite. Der Finanzminister bestätigte die in den Blättern erwähnten Gerüchte über eine Anleihe und wies auf die Nothwendigkeit hin, in Folge der Konsolidirung der Obligationen mit sechsjähriger Laufzeit neue Hilfsquellen zu finden, um zu dem wirklichen Budgetgleichgewicht zu gelangen. Die Regierung sei entschlossen, vom Lande nur die nothwendigen Opfer zu verlangen. Nach einer ziemlich erregten Diskussion beschloß die Kommission, das Kreditgesetz der Regierung zurückzustellen, damit sie die Möglichkeit prüfe, einige der geforderten Kredite in das Budget pro 1891 einzustellen, welches nach den Erklärungen der Minister mit ausreichenden Hilfsquellen ausgestattet sei. Die Regierung erklärte sich hiermit einverstanden.

Großbritannien.

London, 6. Febr. Zu Beginn der nächsten Woche wird das englische Parlament eröffnet werden und das Eintreffen des Premierministers Lord Salisbury in London, wo er gestern dem Ministerrathe zur Feststellung der Thronrede bewohnte, darf als ein erfreuliches Anzeichen dafür gelten, daß der leitende Staatsmann Englands die Folgen seiner letzten Krankheit so weit überwunden hat, um sich wieder im früheren Umfange den Geschäften des Landes zu widmen. Dem Führer der regierungsfreundlichen Liberalen geht es noch nicht wieder so gut wie dem Premierminister; Lord Hartington steht im Begriffe, eine Erholungsreise nach dem Süden anzutreten, und er wird in den nächsten Monaten also auf die Theilnahme an den politischen Geschäften verzichten müssen. Wie aber an allem Unheil in der Welt auch eine gute Seite ist, so hat die Erkrankung Salisbury's und Hartingtons wenigstens das Gute gehabt, der öffentlichen Meinung Englands die Bedeutung dieser beiden, von oppositioneller Seite so viel angegriffenen Staatsmänner und ihrer Wirksamkeit für das gegenwärtige politische Leben Englands wieder einmal zum vollen Bewußtsein zu bringen. Es ist ein von der Regierung und von den politischen Parteien unabhängiges Blatt, welches auf diesen Punkt mit treffenden Worten hinweist. In einem leitenden Artikel über die Gerüchte, welche betreffs des möglichen Gesundheitszustandes der Lords Salisbury und Hartington im Umlauf waren, bemerkte die „Times“: „Die Nachricht, daß sowohl Lord Salisbury's, wie Lord Hartingtons Befinden nicht so gut sei, wie es wohl zu wünschen wäre, hat nicht verfehlt, einen tiefen Eindruck zu machen. Zum Glück lauten jedoch die letzten Meldungen ermutigender. Sollte Lord Salisbury oder Lord Hartington sich vom öffentlichen Leben zurückziehen, so würde dies ein harter Schlag sein. Lord Salisbury's große Fähigkeiten werden selbst von seinen Gegnern anerkannt. Seit die Schleusen der Demokratie geöffnet sind, hat niemals ein Premierminister das Staatsgeschiff so erfolgreich gesteuert, und es hat kaum eine Verwaltung in moderner Zeit gegeben, welche eine aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzte Majorität durch so viele Krisen hindurch so fest in der Hand gehalten hat. Zugeworfen ist freilich, daß die Behauptung der Opposition etwas für sich hat, daß die Vereinigung der Portefeuilles eines Premiers und eines auswärtigen Ministers in einer Person weder weise noch praktisch und nur deshalb zu rechtfertigen ist, weil kein anderer konservativer Staatsmann die Spezialität der auswärtigen Angelegenheiten auf sich nehmen oder die Partei im Parlament führen könnte, ohne sich wichtigeren Aufgaben zu entziehen. Lord Hartingtons Stellung ist eine ganz andere, aber kaum minder interessante. Er wurde zum Führer nicht auf förmliche Weise gewählt, sondern unter der Wirkung moralischer Kräfte, die so stark waren, daß jede Rivalität bei einer Partei wegiel, die an Zahl klein, aber an Fähigkeiten und Charakter sich noch mehr auszeichnete als die Peel'sche Partei nach dem Tode ihres Führers 1850. Lord Hartington besitzt keine glänzende Rhetorik oder epigrammatische Schärfe. Aber seine Konsequenz, sein Patriotismus, seine edle Hingabe für das allgemeine Wohl haben ihm das Vertrauen der großen Menge der maßvollen Engländer erworben. Lord Hartingtons Einfluß reicht weiter als über seine unmittelbare Gefolgschaft. Daß während seiner Abwesenheit wichtige Debatten stattfinden werden, die seine Gegenwart erfordern, bezweifeln wir. Aber immerhin bleibt es von höchster Wichtigkeit, daß Lord Hartington neugekärnt dem parlamentarischen Leben zurückgegeben wird.“

Griechenland.

Athen, 6. Febr. Dem Reuterschen Bureau wird von hier berichtet, das Cabinet Trikupsis sei fest entschlossen, die durch den Firman des Sultans auf der Insel Kreta geschaffene Lage nicht zu acceptiren, vielmehr treffe man heimlich Vorbereitungen, um gegebenen Falls in eine Aktion zu Gunsten der Kretenser eintreten zu können. Die mitteleuropäischen Mächte hätten der griechischen Re-

gierung wiederholt auf das Deutlichste zu verstehen gegeben, daß Griechenland in solchem Falle die Folgen seiner Handlungen allein zu tragen haben werde. Das Gerücht, die Mächte beabsichtigten Schritte zu thun, um die Zurückziehung des Firmans zu erlangen, sei unbegründet. Die englische Regierung beschränke sich auf wachsame Beobachtung der Ereignisse auf Kreta. (Eben weil die Mächte der griechischen Regierung deutlich genug zu verstehen gegeben haben, daß sie die Verantwortung für die Folgen eines Eingreifens in die kretensische Frage zu tragen haben werde, klingt die Nachricht von einer angeblich vorbereiteten Aktion der griechischen Regierung in Bezug auf Kreta nicht recht glaublich.)

Zeitungsstimmen.

Die „Frankf. Ztg.“ geht mit dem Kandidaten für Kaiserstaaten, Dr. Miquel, scharf in's Gericht, weil derselbe in seiner Wahlrede am Sonntag Folgendes gesagt hat: „Der Reichstag war aufgelöst, ein neuer Militärkonflikt war ohne alle Noth von der damaligen Mehrheit des Reichstags heraufbeschworen, und dies zwar in einer gespannten und — ich sage nicht zu viel — gefährlichen Zeit. Die volle Gefahr haben wir erst hinterher erfahren, als uns klar wurde, welche Pläne der damals in Frankreich so mächtige General Boulanger verfolgte, als bekannt wurde, daß nur mit einer Mehrheit von Einer Stimme im französischen Ministerium die Mobilmachung damals abgelehnt worden ist, und daß vielleicht eine ganz andere Entscheidung getroffen worden wäre, wenn nicht die Stimme des Präsidenten der Französischen Republik den Ausschlag gegeben hätte und wenn nicht die Stimmung in Frankreich immer friedlicher geworden wäre, je mehr sich die deutschen Parteien einigten und sich mit der Regierung zusammen fanden.“ Die „Frankf. Ztg.“ macht hiergegen geltend: 1. Die Wahlen haben damals am 21. Februar stattgefunden, die Schnäbele-Affaire fiel in den April, wo das September bereits bewilligt war. Damals, als der Reichstag gewählt wurde, dachte Boulanger noch nicht an einen casus belli und Schnäbele hielt noch in Nähe seine Grenzwaage. 2. Auch mit der Mobilmachung sei es nicht. Ein im vorigen Jahre in Frankreich erschienenen Buch von Alexander Betrand, das die geographische Notizen über die neugewählten Deputirten enthält, theilt über den Abgeordneten Emil Floarens, der 1887 im Cabinet Goblet Minister des Auswärtigen war, Folgendes mit: „Mehrere wichtige Vorläufer bezeichnen den Aufenthalt des Herrn Floarens im Palais am Quai d'Orsay, insbesondere der Schnäbele-Fall, der im April 1887 beinahe zu einem casus belli zwischen Deutschland und Frankreich geworden wäre. Floarens hatte bei dieser Gelegenheit einen ersten Konflikt mit Boulanger, dem damaligen Kriegsminister; er vertrat diesem gegenüber die friedliche Lösung, die er denn auch, dank dem sehr entschiedenen Eingreifen des Präsidenten Grevy, durchsetzte. In dem Augenblicke, als sich der Schnäbele-Fall schärfte, zugespitzt hatte, verlangte Boulanger Maßregeln, die zum Krieg geführt haben würden. Daß er, wie man erzählt hat, dem Ministerrath einen Mobilmachungsplan vorgelegt habe, entspricht nicht der Wahrheit; wahr ist, daß er die Abfindung eines Ultimatum an Deutschland beantragte. Herr Grevy erklärte damals dem Kriegsminister, daß er entschieden seinen Vorschlag zurückwies, da er überzeugt sei, der Zwischenfall könne ohne Schaden für die Ehre Frankreichs friedlich ausgeglichen werden. Herr Boulanger bestand auf seinem Willen mit der Erklärung, er werde seine Entlassung nehmen, falls das Ultimatum an Deutschland nicht ergehe. Als er bemerkte, daß kein einziger seiner Kollegen ihn unterstützte, schrie er: „Ich gebe meine Entlassung!“ Diese Worte machten weder auf den Präsidenten, noch auf einen der Minister Eindruck; die Sache blieb, wie sie war, und die friedliche Lösung kam durch die Festigkeit Grevy's und die von Floarens und Dorette geführten Verhandlungen zu Stande.“

Daraufhin antwortet der „Staatsanzeiger für Westfalen“: „In es wohl der „Frankf. Ztg.“ entgangen, daß eben der Bitt den allerbesten Beweis für die Anstellung des Dr. Miquel bildet? Was ist denn für den Frieden bedrohlicher, die Abfindung eines Ultimatum oder der im Ministerrath gestellte Antrag auf Mobilmachung einiger Armeecorps? Niemand wird im Zweifel sein, daß das erstere wohl das gefährlichere gewesen wäre. Was ferner den ersten Punkt betrifft, so dürfte die „Frankf. Ztg.“ mit ihrer Behauptung, daß Boulanger vor dem April 1887 noch nicht an einen Krieg gedacht habe, allein stehen. Alle seine Absichten, auch die bekanntesten Berednersprachen an der Grenze, welche trotz aller Bemühungen der freisinnigen Presse nicht aus der Welt zu schaffen sind, sprechen für das Gegentheil. Die Popularität des damaligen Kriegsministers, jenes weißen Gebrüll in Paris (Boulanger, qu'il nous faut etc.), glaubt denn die „Frankf. Ztg.“, daß etwas anderes dahinter stecke, als die chauvinistische Meinung, daß dieser General berufen sei, die Revanche herbeizuführen? Durchaus wahr und unanfechtbar ist also der Satz, daß der Frieden damals sehr gefährdet war, und ebenso unanfechtbar ist es, wenn man wie Dr. Miquel sagt, daß die französische Regierung um so friedfertiger geworden ist, je mehr sie sich überzeugen konnte, daß in Deutschland eine starke Mehrheit des Parlaments zur Regierung sich stellte. Oder will die „Frankf. Ztg.“ etwa ihre Leser glauben machen, es sei für das Ansehen Deutschlands nach außen und seine Macht gleichgültig, ob die oppositionellen oder die zur Regierung stehenden Parteien in der Mehrheit sind? Daß damals die Lage sehr bedenklich war, geht auch daraus hervor, daß sämtliche Parteien — mit Ausnahme der Sozialdemokraten — sich veranlaßt fanden, die von der Regierung beanspruchten Mittel für Arme und Marine zu bewilligen; was ja unmöglich hätte geschehen können, wenn die Freisinnigen u. s. w. alle den Frieden bedrohenden Momente für „Schwindel“ gehalten hätten. Und die Lage ist heute so ziemlich dieselbe wie damals; die Friedensbedrohung ist zwar keine akute, aber eine chronische, und wir müßten den sehen, der bei der jetzigen Lage der Dinge auf eine starke Rüstung verzichten oder angesichts des neuen französischen Wehrgesetzes grundsätzliche Änderungen an seiner Wehrverfassung verlangen wollte. Es figurirt zwar derartig auf irgend einem der angegebenen Wahlprogramme, aber keinenfalls können diejenigen, welche solches jetzt verlangen, von sich rühmen, daß sie dem Vaterland dasjenige bewilligen, was für seine äußere Sicherheit geboten und notwendig ist. Namentlich im Süden und Westen Deutschlands, welcher dem Anprall am ersten ausgesetzt ist, zeigt es unsers Erachtens von wenig Verständnis der Lage, eine Schwächung der Militärmacht, sei es quantitativ, sei es qualitativ durch Herabsetzung der Präsenzzeit zu verlangen.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 7. Februar.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Flügeladjutanten Major Müller und des Hofmarschalls Grafen Andlaw entgegen.

Nachmittags empfing Seine Königliche Hoheit den Prälaten Doll und hörte den Vortrag des Legationssekretärs Freiherrn von Babo.

Staatliche Prämierung von Rindvieh. Mehrfach ist in letzter Zeit in der Presse und sonst die Ansicht geäußert worden, um die bei der staatlichen Prämierung von Rindvieh zur Verwilligung gelangenden Prämien könnten erfolgreich nur die vermöglicheren, größeren Grundbesitzer des Landes konkurrieren, und es sei daher diese mit großem Geldaufwand verknüpfte Maßnahme nur im Interesse dieses kleineren Bruchtheils der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu legen.

Heidelberg, 7. Febr. (Ernennung.) Geh. Rath Prof. Dr. Kuhn ist zum Ehrenmitglied der St. Petersburger Gesellschaft russischer Ärzte ernannt worden.

Heidelberg, 6. Febr. (Wasserversorgung.) Da im tiefsten Winterzustand fast alljährlich die Frage zur Erörterung kam, ob es nicht möglich wäre, auf die Anschaffung weiterer Wassermesser für die Kontrolle des Wasserverbrauches zu verzichten, so hat der Stadtrath von dem Groß. Bau Rath Herrn Drach in Karlsruhe ein Gutachten darüber erbeten, ob jene Frage mit dem Stand der Heidelberg'schen Wasserversorgung zu vereinbaren ist.

1. Febr. 6. Febr. Bei der konstituierenden Sitzung der Handelskammer, welche nach dem Ende vorigen Monats stattgefundenen Neuwahlen längst abgeschlossen wurde, sind die Herren Kaufmann und Bankier Otto Stöcker als erster und Herr Kommerzienrath Sander als zweiter Vorsitzender einstimmig wiedergewählt worden.

eine Vereinigung zu direktem Bezug im Großen zu bilden, um sich auf diese Weise von den Händlern unabhängig zu machen.

Theater und Kunst.

(Kunstverein.) Unter den im Kunstvereinslokale neu ausgestellten Landschaften zieht namentlich die des Weimarer Malers M. Werker: „An der Teufelsmauer“ die Aufmerksamkeit auf sich. Die Anordnung wie die Durchführung aller Einzelheiten verräth das scharfe Auge und die sichere Hand des Künstlers.

Verstchiedenes.

W. Stockholm, 6. Febr. (Bergarbeiterstreik.) Gestern legten in den Grängsbergs Eisengruben (Dafarne) 400-500 Bergleute die Arbeit nieder.

W. London, 6. Febr. (Zu der Grubenkatastrophe in Aberystwyth.) Bis heute Mittag 3 Uhr waren sechzig Leichen aus der Kohlengrube von Aberystwyth (wo gestern eine Entzündung schlagender Wetter erfolgt war) zu Tage gefördert worden.

Neuere Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Heidelberg, 7. Febr. (Privattelegramm.) Augenarzt Geh. Rath Dr. Otto Becker ist heute gestorben.

In Regensburg im Jahr 1828 geboren, wurde Becker 1868 als ordentlicher Professor der Augenheilkunde an die Universität Heidelberg berufen, wo ihm das Direktorat der Augenklinik übertragen wurde.

Rom, 7. Febr. Am heutigen Jahrestage des Todes Pius des Neunten fand ein Trauergottesdienst statt, dem der Papst Leo, die Kardinäle, die Bischöfe und Prälaten des päpstlichen Hofes, das beim Vatikan beglaubigte diplomatische Corps und viele Fremde beiwohnten.

Die Beförderung im Befinden des Kriegsministers, Generals Bertoldi-Diale, dauert an.

anlässlich der Unruhen vor der Universität verhaftete Studenten, einen derselben zu 30 Tagen und die übrigen zu sechs bis acht Tagen Gefängniß.

Paris, 7. Febr. Die Gesellschaft der Landwirthe Frankreichs hielt gestern ihre Eröffnungsitzung ab. Der zum Präsidenten gewählte Marquis Dampierre sagte in seiner Ansprache an die Mitglieder der Gesellschaft: „Bleiben wir Herren unserer Jolltarife und weisen wir alle Handelsverträge zurück!“

Paris, 7. Febr. Das Comité für die russische Anleihe setzte heute Vormittag das Datum der Emission endgültig auf den 20. Februar fest.

Konstantinopel, 7. Febr. Eine offizielle Mittheilung bezeichnet die Nachrichten, daß infolge des kaiserlichen Firmans die Unzufriedenheit auf der Insel Kreta wachse und dort eine allgemeine Erhebung sich vorbereite, so wie daß die Regierungen von Rußland, Frankreich, England und Italien der Pforte eine Note wegen Abänderung des Firmans überreicht hätten, für vollkommen unbegründet.

Pera, 7. Febr. Das Schlupprotokoll zum deutsch-türkischen Handelsvertrag wurde heute von den betreffenden Delegirten unterzeichnet.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 9. Febr. 21. Ab.-Vorh.: „Carmen“, Oper in 4 Aufzügen, von G. Meilhac und L. Halévy. Musik von Georges Bizet. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 11. Febr. 20. Ab.-Vorh. Zum erstenmale wiederholt: „Ihre Ideale“, Lustspiel in 3 Akten, von G. Stobitzer. — „Post festum“, Lustspiel in 1 Akt, von E. Wichert. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, 13. Febr. 22. Ab.-Vorh.: „Goldfische“, Lustspiel in 4 Akten, von Franz v. Sckthan und Gustav Kadelburg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 14. Febr. 23. Ab.-Vorh.: „Die Waise“ in 3 Aufzügen, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Sonntag, 16. Febr. 1. Fastnachtsvorstellung zu ermäßigten Preisen außer Abonnement. Neu einstudirt: „Der böse Geist Lumpacivagabundus“ oder „Das liberliche Meckblatt“, Zauberoper mit Gesang in 3 Akten, von Restor. Musik von Albert Müller. Anfang 6 Uhr.

Vorstellungen zu dieser Vorstellung werden von Montag den 10. Februar, Vormittags 8 Uhr an, von Großh. Hoftheaterverwaltung (Vormerkbureau) angenommen.

In Baden. Mittwoch, 12. Febr. 16. Ab.-Vorh.: „Margarethe“, große Oper mit Ballet in 5 Aufzügen. Text nach dem Französischen des Jules Barbier und Michel Carré. Musik von Ch. Gounod. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 31. Jan. Eisa Mathilde Johanna, B.: Karl Frdr. Hauser, Wirth. — 2. Febr. Marie, B.: Friedr. Teuber, Kupferstecher. — 6. Febr. Friedrich Wilhelm, B.: Friedrich Sauer, Revisor.

Heute abgehört. 7. Febr. Wilhelm Rothermel von Darmstadt, Generalagent hier, mit Martha Kund von Altwasser. Todesfälle. 6. Febr. Rosa Gulbin, ledig, Arbeiterin. 22 J. — Rosa, 2 W. 22 J., B.: Eduard Müller, Schlosser.

Witterungsbeobachtungen der Station Karlsruhe.

Table with 7 columns: Datum, Barom. mm, Therm. in C., Wind, Relativer Feuchtigk. in %, Regen mm, Bemerk. February 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

Wasserkand des Rheins. Nagau, 7. Febr. Morgs. 3.43 m, gefallen 19 cm.

Uebersicht der Witterung vom 7. Februar 1890, 8 Uhr Morgens. Das barometrische Maximum, das sich auch heute noch von Nordwesteuropa über Deutschland hinweg nach Osten erstreckt, hat seit gestern an Höhe noch zugenommen; sein Kern liegt heute über der Nordsee.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

Table with 3 columns: Ort, Kurs, Datum. Includes entries for Berlin, Wien, London, etc. dated 7. Februar 1890.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

